Abgeordnetenhaus BERLIN

Drucksache 18 / 28 452
Schriftliche Anfrage

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten Cornelia Seibeld (CDU)

vom 26. August 2021 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 26. August 2021)

zum Thema:

Präsenzpflicht für chronisch kranke Schülerinnen und Schüler

und **Antwort** vom 07. September 2021 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 07. Sep. 2021)

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses sind bei der Kulturbuch-Verlag GmbH zu beziehen.
Hausanschrift: Sprosserweg 3, 12351 Berlin-Buckow · Postanschrift: Postfach 47 04 49, 12313 Berlin, Telefon: 6 61 84 84; Telefax: 6 61 78 28.

Senatsverwaltung für Bildung,
Jugend und Familie

Frau Abgeordnete Cornelia Seibeld (CDU)

über

den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/28452
vom 26. August 2021
über Präsenzpflicht für chronisch kranke Schülerinnen und Schüler

---

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Wie wird die Präsenzpflicht bei chronisch kranken Kindern, die im Sinne der COVID-19 Erkrankung Risiko Patienten sind, in den Schulen umgesetzt?

Zu 1.:

Bei Vorlage einer besonders begründeten ärztlichen Bescheinigung kann auf Antrag die Präsenzpflicht durch schulisch angeleitetes Lernen zu Hause ersetzt werden. Die Entscheidung trifft die Schulleitung.

2. Wie wird bei den Geschwisterkindern mit der Präsenzpflicht in den Schulen umgegangen?

Zu 2.:

Geschwisterkinder, die im selben Haushalt leben, werden ebenfalls von der Präsenzpflicht befreit, wenn für sie eine besonders begründete ärztliche Bescheinigung vorliegt.

3. Welche Ansprechpartner und Betreuungsmöglichkeiten stehen für Eltern chronisch kranker Kinder, die im Sinne der COVID-19 Erkrankung Risiko Patienten sind, zur Verfügung und wie ist die Erreichbarkeit für alle Familien sichergestellt?

Zu 3.:

Die Schulen und die Schulpsychologischen und inklusionspädagogischen Beratungs- und Unterstützungszentren (SIBUZ) beraten auf Anfrage.

Berlin, den 7. September 2021

In Vertretung
Beate Stoffers
Senatsverwaltung für Bildung,
Jugend und Familie